

## ANTRAG

Der Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs  
im Gemeinderat der Stadt Wr. Neustadt  
zur Behandlung in der Gemeinderatssitzung  
am 30.03.2011

---

## DRINGLICHKEITSANTRAG:

### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Der § 15 Budget und Entschädigung wird folgend abgeändert:

#### Die Formulierung

*„Für die Tätigkeit der Mitglieder im Beirat gebührt diesen auf Basis von nachweislich erbrachten Leistungen eine Sitzungsgebühr von EUR 150,-- zuzüglich allfälliger USt und einem allfälligen Auslagenersatz (z.B. Telefonkosten) pro Sitzung entfällt.“*

Stattdessen wird die Formulierung durch den Wortlaut

*„Für die Tätigkeit der Stammmitglieder im Beirat gebührt diesen auf Basis von nachweislich erbrachten Leistungen eine Sitzungsgebühr von EUR 150,-- zuzüglich allfälliger USt und einem allfälligen Auslagenersatz (z.B. Telefonkosten) pro Sitzung. Für die nominierten Mitglieder der einzelnen Parteien und Listen ist keinerlei Auszahlung einer Entschädigung oder Sitzungsgebühr sowie kein allfälliger Auslagenersatz vorgesehen.“*  
ersetzt.

### **Begründung:**

Es sollte die Aufgabe einer jeden einzelnen Partei sein, mit allen verfügbaren Mitteln für eine Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt einzutreten.

Von den meisten Mitgliedern des „Beirates für Finanzangelegenheiten“ wird erfreulicherweise auf die Einhebung der Sitzungsgebühr verzichtet.

Diesem Beispiel sollten zumindest alle von politischen Parteien entsandten nominierten Mitgliedern folge Leisten und dadurch Ihren Willen ausdrücken, dass sie an einer

Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt interessiert sind, und nicht daran, sich ein „Körpergeld“ dazuzuverdienen.

***Weitere Begründung erfolgt mündlich***